

01) Mariusz Patey: Der Euro ist ein antiliberales Konzept und Teil des euroföderalistischen Traums

12. 09. 2021



Mariusz Patey · Bildquelle: Vokativ.hr

Dr. Mariusz Patey ist ein polnischer Ökonom und Politologe, Direktor des Roman-Rybarski-Instituts in Warschau. Er ist Experte für wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklungsfragen im Raum zwischen Ostsee, Adria und Schwarzem Meer. Er spricht mit Vokativ.hr über die Einführung des Euro, die Entwicklungsmöglichkeiten der Drei-Meer-Initiative und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China.

LEO MARIĆ: Kroatien ist derzeit dabei, den Euro einzuführen, daher ist der Plan der Regierung der Republik Kroatien, den Euro bereits 2023 als offizielle Währung in Kroatien zu etablieren. Polen hingegen hält fest zum Zloty, und aus kroatischer Sicht scheinen Sie Polen deswegen nicht wirtschaftlich benachteiligt zu sein. Was ist Ihre Meinung dazu?

MARIUSZ PATEY: Meiner Meinung nach gibt die eigene Währung dem Staat in Zeiten makroökonomischer Instabilität mehr Werkzeuge, aber es erfordert auch das Fachwissen und die Verantwortung derjenigen, die Zentralbanken und Regierungen führen.

Eine gut verwaltete Währung kann eine Einnahmequelle für ein Unternehmen sein. Zu den meistverkauften Exportprodukten der Schweiz zählt beispielsweise das Vertrauen in die Landeswährung.

Die Übergabe der Geldpolitik an einige internationale Institutionen verlagert die Verantwortung auf eine andere, aber ist das wirklich gut für die Gesellschaft?

Die Europäische Zentralbank muss eine Vielzahl unterschiedlicher Interessen in Einklang bringen. Die Geldpolitik orientiert sich in der Regel an den Bedürfnissen der größten Volkswirtschaften des Euro-Währungsgebiets. Der Markt der Europäischen Union ist jedoch nicht homogen und wird oft von plötzlichen Krisen in verschiedenen Phasen des Wirtschaftszyklus betroffen. Paradoxerweise ist der Euro kein stabiler Hafen in Krisenzeiten, wie es sich seine Anhänger wünschen, und auch für kleinere Märkte nicht effektiv, sondern eine Belastung mit hohen Kosten.

Die Einführung des Euro ist wie der Kauf eines Anzugs im Supermarkt: Entweder wird er zu klein oder zu groß. Wenn wir einen Anzug wollen, der zu uns passt, gehen wir zu einem Schneider. Aber die Sache ist, dass der Schneider professionell sein muss...

Sie sind zu diesem Thema ein besonders interessanter Gesprächspartner, weil Sie trotz Wirtschaftsliberalismus Euro-Gegner sind. Die meisten Wirtschaftsliberalen in Kroatien sind extreme Befürworter der Euro-Einführung, während sich die Kampagne gegen den Euro bisher weitgehend auf die nationalistische Rechte beschränkt, die in unserem Land eher zu etatistischen Ideen neigt. Wie bringen Sie die Prinzipien des Wirtschaftsliberalismus mit der Opposition zum Euro in Einklang?

Ich glaube, dass das Konzept des Euro eigentlich ein antiliberales Konzept für die europäischen Gesellschaften ist. Es ist Teil der euro-föderalistischen Träume derer, die bis vor kurzem Nationalstaaten von einem internationalistischen Standpunkt aus kritisierten.

Die Frage, ob wir uns für den Euro oder unsere eigene Währung entscheiden, ist eigentlich eine Frage, ob wir glauben, dass Zentralisierung, Harmonisierung und Vereinigung zu wirtschaftlichem Erfolg und Wohlstand führen werden, oder ob wir dezentrales Regieren bevorzugen, eine Marktwirtschaft mit Raum für verschiedene Einheiten, unterschiedliche Lösungen und weniger homogene Geldmärkte.

Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass der richtige Weg zur Sicherung des wirtschaftlichen Erfolgs der europäischen Länder das bleiben muss, was in der Vergangenheit zu enormem Wachstum geführt hat. Europa war der wettbewerbsfähigste Raum der Welt. Wir haben einen hohen Preis dafür bezahlt, Kriege eingeschlossen. Heute haben wir als Mitglieder der NATO die Möglichkeit, in Friedenszeiten zu konkurrieren, indem wir bessere Lösungen einführen und Armeen nur zu Verteidigungszwecken halten.

Wenn wir ein nach außen wettbewerbsfähiges Europa erhalten wollen, müssen wir auch ein in sich wettbewerbsfähiges Europa akzeptieren. Europa muss auch bei der Staatsstruktur und dem Rechtssystem offen für Innovationen sein. Effektive Lösungen können jederzeit und überall, auch in kleinen Ländern, geschaffen werden. Andererseits ist es besser, selbst wenn ein Fehler passiert, in einem Land als in ganz Europa. Es ist einfacher, Fehler lokal zu korrigieren und Fehler global zu vermeiden.

Währung ist ein Produkt, warum sollte sie in Europa von einer Institution vollständig monopolisiert werden? Der gemeinsame europäische Markt darf kein Paradies für Monopole sein.

Auch wenn wir den Beitritt zum Euroraum vermeiden, bleibt Kroatien wie der Rest Mittel- und Osteuropas unterentwickelt und abhängig vom Kern der EU (hauptsächlich Deutschland). Gibt es einen Ausweg oder müssen wir uns mit dem Schicksal der ewigen Peripherie des Reiches abfinden?

Mittel- und Osteuropa sind nicht dazu verdammt, eine ewige Peripherie zu sein. Wir müssen weg von einer Kultur, die auf Nachahmung basiert, und Entwicklungsmöglichkeiten auf der Grundlage von Kreativität fördern. Wir müssen am Ende mit einem niedrigeren Wertekomplex hin zu reicheren Gesellschaften gelangen.

Wir können uns gegenseitig helfen, indem wir Geschäftsprojekte entwickeln, die die Wertschöpfungskette verlängern und so viel Wertschöpfung wie möglich in unserer Region erhalten.

Wie es geht? Wir müssen eine Unternehmenskultur schaffen, die auf mutigen kreativen Lösungen basiert, unsere Bildungsprogramme auf die Schaffung einer unternehmerischen Kultur in unseren jungen Gesellschaften ausrichten und eine effektive Infrastruktur von Finanzinstituten aufbauen, die in der Lage sind, Ideen auszuwählen und zu unterstützen, die eine Chance haben, auf den globalen Märkten erfolgreich zu sein .

Es ist keine leichte Aufgabe, aber es ist möglich, sie auszuführen. Wir haben gut ausgebildete Gesellschaften, wir haben Wissenschaftler, Ingenieure und Ärzte, die im Ausland erfolgreich waren. Jetzt ist die Zeit für systematische Arbeit, den Aufbau von Marken und Strukturen, die in unseren Gesellschaften funktionieren können, um den materiellen und kulturellen Reichtum zu steigern.

Das größte Problem sind nicht externe Barrieren, sondern interne Faktoren, die aus organisatorischen, rechtlichen und politischen Defiziten resultieren. Aber ich glaube, es ist noch machbar. Dann wird Deutschland einer von vielen Märkten für unsere Produkte (natürlich immer noch extrem wichtig) und der deutsche Staat ein Partner, nicht mehr jemand, der uns dominiert.

Ich denke, wir müssen unsere Souveränität bewahren, denn sie ist ein großer Wert. Es hilft uns, ein wettbewerbsfähigeres wirtschaftliches Umfeld zu schaffen. Natürlich bringt Souveränität sowohl Risiko als auch Verantwortung mit sich.

Sie haben viel über die Infrastrukturprojekte der Drei-Meere-Initiative geschrieben, an deren Gründung die ehemalige kroatische Präsidentin Kolinda Grabar Kitarović maßgeblich beteiligt war. Was kann Kroatien daraus lernen? Können wir zumindest hoffen, dass Zagreb und Warschau verkehrstechnisch besser angebunden werden?

Kroatien ist ein Schlüsselland für die geplanten Nord-Süd-Verkehrskorridore. Häfen an der Adria sollen durch ein Netz von Hochgeschwindigkeitsbahnen und Straßen mit der Ostsee verbunden werden.

Kroatische Öl- und Gasterminals, die durch Pipelines mit anderen Ländern der Drei-Meer-Initiative verbunden sind, können eine Alternative zu verstopften Pipelines sein, die von italienischen Häfen (insbesondere Triest) nach Norden führen. Bei Öl ist zu beachten, dass einige der Verbindungen von russischen Unternehmen (TAK-IKL) kontrolliert werden. Die Diversifizierung der Erdölversorgung tschechischer Raffinerien auf Basis dieser Verkehrsverbindungen ist daher illusorisch.

Eine bessere Verkehrsinfrastruktur (Straße und Schiene) bedeutet auch einen schnelleren und besseren Personenverkehr. Dies führt zu einer intensiveren persönlichen Bindung der Bürger der Länder der Drei-Meere-Initiative und einer Zunahme des Tourismus.

Beim letzten Gipfel der Drei-Meere-Initiative im Juli dieses Jahres in Sofia war eine starke deutsche Delegation anwesend, und Bundespräsident Frank-Walter

Steinmeier deutete an, dass Deutschland an einer Mitgliedschaft in der Initiative interessiert sei. Die gemeinsame Erklärung des Gipfels spricht erwartungsgemäß von „Stärkung des Zusammenhalts und der Konvergenz innerhalb der Europäischen Union“, bekräftigt die Unterstützung der [Pariser Klimaschutzinitiative](#), des [Europäischen Grünen Plans](#) usw. Was sind die Gründe für die ersten Botschaften der Initiative: so verdünnt? Können wir dies als langsame Euthanasie des Trimariums interpretieren oder gibt es noch Raum für Optimismus?

Ich denke, die deutsche Politik gegenüber der Drei-Meere-Initiative muss diese beobachten und nach Möglichkeit kontrollieren und von den eigenen Integrationsinitiativen in Europa profitieren. Deshalb wollen sie den Projekten der Drei-Meer-Initiative, die nicht im Einklang mit der [Energiewende](#)-Politik stehen, keinen Vorrang einräumen. Sie wird beispielsweise die Umsetzung von Projekten im Zusammenhang mit der Entwicklung der Kernenergie in der Region verlangsamen. Stattdessen werden sie sich lieber für Projekte einsetzen, die nicht in Konkurrenz zu Deutschlands Vision der Arbeitsteilung in der Region stehen.

Wenn sich die Drei-Meere-Initiative darauf konzentrierte, das Defizit bei der Verbindungsinfrastruktur zwischen unseren Ländern, einschließlich der Ukraine, Georgiens und Moldawiens, in den Blutkreislauf der Initiative zu füllen, würde sie auch deutsche Unterstützung gewinnen.

Um die Zukunft der Initiative mache ich mir keine Sorgen. Selbst wenn möglicherweise keine ausländischen Investitionen zufließen, werden gute Projekte ihre Investitionen zurückzahlen und helfen, die nächsten zu finanzieren. Wenn es um die Drei-Meere-Initiative geht, sollten wir sie in einer 100-Jahres-Perspektive statt in 10 Jahren betrachten. Es ist wichtig, die Ziele zu verstehen. Wir müssen Mechanismen finden, die eine kontinuierliche Umsetzung dieser Projekte ermöglichen, ungeachtet der politischen Unruhen in unseren Ländern.

Wir, die Patrioten unserer Länder, müssen einen optimistischen Ansatz pflegen. Wir müssen auf lange Sicht an unsere Völker und ihre vernünftigen Entscheidungen glauben, aber auch für ihren Erfolg arbeiten. Der Schlüssel zum Erfolg liegt heute in einer effektiven friedlichen Zusammenarbeit mit allen Völkern und Staaten (insbesondere die Völker und Staaten in der Intermarium-Region haben enge strategische Interessen), aber auch in einem gesunden Wettbewerb, der nicht künstlich unterdrückt werden kann.

Wir haben keine Angst vor deutschen Unternehmen, sie sind manchmal unsere Rivalen und manchmal unsere Kollaborateure. In vielen Fällen sind sie unsere Geschäftspartner. Die polnische Wirtschaft hat viel von ihnen gelernt. Was wir befürchten, sind einige der deutschen Politiker, die in der Berliner Regierung sitzen und zu oft die Rhetorik des „älteren Bruders“ verwenden, der weiß, was gut für uns und besser ist als wir selbst. Diese vorherrschende Haltung ist für unser Land nicht akzeptabel.

Eines der Haupthindernisse für die zukünftige wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit in der Region sind historische Feindseligkeiten zwischen vielen Völkern der Region (zB polnisch-ukrainische, polnisch-litauische, ungarisch-rumänische, serbokroatische usw.). Können Sie uns Ihre Erfahrungen bei der Entwicklung eines Dialogs zwischen polnischen und ukrainischen Nationalisten mitteilen?

Ja, trotz vorhandener echter Synergien und Kooperationen in verschiedenen Bereichen verursachen die bestehenden Streitigkeiten über hauptsächlich historische Themen, noch nicht verheilte Wunden, schlechte Gefühle, die trotz der offensichtlichen wirtschaftlichen,

politischen und verteidigungspolitischen Vorteile eine engere Zusammenarbeit nicht begünstigen.

Meiner Erfahrung nach besteht der Weg, schlechte Gefühle zu überwinden und eine erfolgreiche Zusammenarbeit umzusetzen, darin, sich nicht auf das zu konzentrieren, was uns trennt, sondern auf das, was uns verbindet. Nur echte gemeinsame Projekte ermöglichen es uns, die Themen, die uns trennen, besser zu verstehen und ein größeres gegenseitiges Mitgefühl zu haben.

Aber wir sind getrennte Gesellschaften, getrennte Völker, wir leben in getrennten Staaten und wir sollten nicht erwarten, dass es immer möglich sein wird, in etwa 100 % der Fragen eine Einigung zu erzielen. Mehr gemeinsame Projekte und mehr gemeinsame Interessen werden weniger Ärger mit sich bringen.

Chinas Präsenz in der Region hat sich in den letzten Jahren insbesondere durch den „17+1“-Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen China und mittel- und osteuropäischen Ländern verstärkt. Wie beurteilen Sie die Möglichkeiten einer langfristigen Zusammenarbeit mit China? Was können wir angesichts der wachsenden Feindseligkeit zwischen den USA und China davon erwarten?

Die neue Seidenstraße ist eine interessante Perspektive, aber auch eine Herausforderung für die Länder unserer Region. Die Reichweite chinesischer Investitionen, insbesondere in Zentralasien, bietet uns eine einfachere und kostengünstigere Möglichkeit, Waren und Dienstleistungen zwischen den Ländern Mittel- und Osteuropas und Zentralasiens auszutauschen.

Andererseits ist es aber auch eine Herausforderung, weil die Politik der Volksrepublik China gegenüber Europa, einschließlich unserer Region, die Gewinne aus dem Export von Waren, Dienstleistungen und Direktinvestitionen steigern. Chinesische Exportunternehmen sind auf dem europäischen Markt noch aktiver, nachdem sie auf dem US-Markt mit Schwierigkeiten konfrontiert waren.

Der Kampf um die Gleichbehandlung westlicher Unternehmen auf dem chinesischen Markt erfordert die Zusammenarbeit zwischen den Ländern des „kollektiven Westens“. Nur die Harmonisierung des Handelns trotz bestehender Differenzen und Streitigkeiten innerhalb der sog. der westlichen Welt (zu der auch wir gehören) kann zu einem positiven Ergebnis führen.

Der Konflikt zwischen den USA und China hat den polnischen Produzenten bereits geholfen, die daher ihre Exporte in die USA erhöht haben. Leider hat die Volksrepublik China Polen keine wirklichen Zugeständnisse gemacht, um unser riesiges Handelsdefizit mit China zu reduzieren, das sich bis 2020 auf 113 Milliarden Zloty beläuft, wobei die polnischen Exporte nach China nur 9 % der Importe aus diesem Land ausmachen. Investitionsangebote aus China müssen mit großer Vorsicht analysiert, aber nicht vorab abgelehnt werden.



Dieser Beitrag erschien zuerst bei [VOKATIV.HR](https://www.vokativ.hr), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

02) Orbán: Der Westen ist eine Geisel der Idee einer „offenen Gesellschaft“

11. 09. 2021



Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bei der Eröffnung des akademischen Jahres an der Mathias-Corvinus-Hochschule · Foto: Pressebüro des Ministerpräsidenten/Zoltán Fischer

Durch die Abkehr vom Christentum hat der Westen sein Sendungsbewusstsein verloren, sagte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán

Nach dem Versagen des Westens sei es nun an Mitteleuropa, Vertrauen und Inspiration zu geben, sagte der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán bei der Eröffnung des akademischen Jahres an der Budapester Mathias-Corvinus-Hochschule.

Er sprach auch über die Tatsache, dass das 21. Jahrhundert das Jahrhundert Asiens sein wird, was aber nicht unbedingt etwas Schlechtes ist.

„Wie war es möglich, dass der Westen 400 Jahre lang an der Spitze der Welt gestanden hat? Das muss erklärt werden“, sagte Orbán.

„Der Westen hätte ohne sein Sendungsbewusstsein nicht an der Spitze der Welt stehen können, und das Sendungsbewusstsein des westlichen Menschen lag im Christentum“, fügte er hinzu. All dies lebte im Westen auch nach der Aufklärung weiter. Es ist seit langem eine Überzeugung, dass die Bilanz der westlichen Zivilisation grundsätzlich positiv ist“.

„Im 21. Jahrhundert hat sich etwas verändert, und all dies geschah nach dem Ende des Kalten Krieges“, so Orbán.

„Apokalyptisches Denken prägt zunehmend das westliche Denken“, sagte er und fügte hinzu, dass die Kultur des Westens in den USA die Kontrolle übernommen habe, während „in Europa eine Art muslimische Flut von Süden her einsetzte, die eine neue Situation in Frankreich, den Niederlanden, Spanien und Italien schuf.“

Der Westen sei nicht in der Lage, angemessene Antworten auf diese Katastrophe zu geben, sagte der Ministerpräsident.

„Der Westen hat allmählich den Glauben an sein Sendungsbewusstsein verloren“, fügte er hinzu.

Orbán sprach auch davon, dass diejenigen, die ein Sendungsbewusstsein haben, in manchen Augen die Feinde einer „offenen Gesellschaft“ sind. Dieses Konzept sei einer der destruktivsten Gedanken nach dem Zweiten Weltkrieg im Westen.

„Heute ist eine offene Gesellschaft das einzige Konzept in Westeuropa“, sagte Orbán. „Jetzt, in einer Zeit der muslimischen Flut und des Aufstiegs Asiens, kann sich der Westen nicht mit seinem eigenen Sendungsbewusstsein auseinandersetzen, während er als Geisel der Idee einer offenen Gesellschaft gehalten wird.“

„Wir hier in Mitteleuropa haben unseren eigenen Glauben und unsere Inspiration nicht verloren“, erklärte er.

„In dieser Situation hat Mitteleuropa seine eigene Mission nicht aus den Augen verloren, und die Ungarn auch nicht“, sagte der Ministerpräsident. „Die heutigen Debatten mit Brüssel beruhen auf genau diesem Unterschied. Das Sendungsbewusstsein einer Nation ist heute im Westen inakzeptabel und verdächtig.“

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

03) Judit Varga: „Wir haben schlechte Nachrichten für alle unsere Kritiker: Wir werden nicht aufgeben.“

Von Álvaro Peñas

11. 09. 2021



Judit Varga · Bildquelle: El Correo de España

Der Fall von Afghanistan hat eine neue Migrationskrise ausgelöst. Aber anders als 2015 weigern sich nicht nur Ungarn oder die Visegrád-Staaten, ihre Grenzen zu öffnen, auch Österreich, Slowenien oder Griechenland werden dies nicht tun, und selbst Deutschland oder Frankreich scheinen nicht sehr begeistert zu sein. Ist dies ein Beweis für das Scheitern des Multikulturalismus? Hat die Zeit Ungarn recht gegeben?

Tatsächlich haben Sie den Nagel auf den Kopf getroffen, denn immer mehr Politiker in Westeuropa erkennen, dass die Kritik an Ungarn, das 2015 einen Zaun an seinen Grenzen gebaut hat, in der Tat ein Fehler war. Ungarn argumentiert nun schon seit sechs Jahren, dass es die falsche Antwort ist, Massen von Migranten unbekannter Herkunft nach Europa zu lassen, nur um unsere demografischen und arbeitsrechtlichen Probleme zu lösen. Stattdessen sollten wir Familien unterstützen und vor Ort in Konfliktgebieten helfen. Die ungarische Position bleibt in dieser Hinsicht klar: Wenn wir andere von außerhalb Europas einladen, wird dies die kulturelle Identität Europas verändern, und das wäre eine Herausforderung für unser kulturelles und christliches Erbe. Das dürfen wir nicht zulassen, also sind wir für einen Stopp der Migration.

Dennoch beharrt Brüssel auf seiner ideologischen Agenda der Quoten und der Aufteilung der Migranten. Warum wendet sich die EU-Elite von den Mitgliedstaaten ab? Vielleicht hat man aus dem Brexit nichts gelernt?

Wir sehen, dass bestimmte linksliberale Politiker in Brüssel versuchen, Mitgliedstaaten zu erpressen, die in zentralen Fragen wie der Migration nicht ihrer Linie folgen. Sie veranstalten politische Hexenjagden, die als Vertragsverletzungsverfahren getarnt sind und die EU-Verträge missachten. Schauen Sie sich das Europäische Parlament an: Jetzt will man sogar die Kommission vor dem EU-Gerichtshof verklagen, nur weil sie so handelt, wie es zuvor von den Mitgliedstaaten und sogar von Kommissionspräsidentin von der Leyen selbst vereinbart wurde. Es ist jedoch besorgniserregend, dass die europäischen Institutionen mit ihren eigenen ideologischen Debatten beschäftigt zu sein scheinen, die darauf abzielen, Ungarn oder Polen in die Knie zu zwingen, während wir die wirklichen Probleme übersehen, wie zum Beispiel eine Lösung für die Massenmigration zu finden oder die Erweiterungsmüdigkeit zu vermeiden. Nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs können wir es uns einfach nicht leisten, auch die Beitrittsländer zu verlieren. Zusammenfassend lässt sich also sagen: Wenn eine wirksame Lösung der oben genannten Probleme nur auf individueller Basis möglich ist, sollten wir die Zuständigkeiten an die Mitgliedstaaten zurückgeben. Unser langjähriges Motto lautet, dass wir nicht ein tieferes, sondern ein intelligenteres Europa brauchen, mit einer tieferen Integration nur in den Bereichen, in denen gemeinsames Handeln am effektivsten ist, wie z. B. in der Verteidigung.

Mit dem jüngsten ungarischen Kinderschutzgesetz wies Präsidentin von der Leyen darauf hin, dass die Rechte von LGBTQI, in diesem Fall die Vermittlung der Gender-Ideologie in den Schulen, zu den Grundwerten der EU gehören. Aber das waren keine europäischen Werte, als Ungarn oder Spanien der EU beitraten.

Wir sind der Meinung, dass die Frage, wie ein Kind erzogen werden soll, allein in der Verantwortung der Eltern liegt. Keine EU-Einrichtung hat das Recht, Eltern zu zwingen oder zu verpflichten, ihren Kindern Sexualkundeunterricht zu erteilen, wenn diese nicht eindeutig zustimmen. Unsere Kritiker sagen, dass unser Gesetz gegen die EU-Verträge verstößt, aber gegen welche genau? Das betreffende Gesetz steht im Einklang mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union und verletzt nicht das Recht auf sexuelle Selbstdarstellung, da es nicht für Erwachsene gilt. Als Ungarn 2004 der EU beitrug, traten wir einem vertraglichen Rahmen mit sorgfältig festgelegten Zuständigkeiten bei: Was gehört

zur EU und zum EU-Gerichtshof, und was verbleibt in nationaler Zuständigkeit. Heute erleben wir jedoch eine ständige Ausweitung der Zuständigkeiten Brüssels, das versucht, auf fast alle Bereiche unserer nationalen Gesetzgebung Einfluss zu nehmen. Wir werden dies nicht zulassen, weil wir an so grundlegende Werte wie den Schutz von Kindern und Familien oder die Achtung der nationalen Souveränität glauben. Der Brüsseler Ausschuss muss verstehen, dass es eine Grenze gibt, die er nicht überschreiten darf. Die Rechtsstaatlichkeit und die Verträge müssen auch von den Institutionen respektiert werden.

Die Europäische Kommission hat zwei Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn eingeleitet. Wie gedenken Sie auf diese Verfahren zu reagieren?

Wir haben uns daran gewöhnt, dass wir, wenn wir uns nicht an die liberalen Regeln halten, in einem noch nie dagewesenen Ausmaß angegriffen werden. Unsere Politik wurde von den ungarischen Bürgern in drei aufeinanderfolgenden Wahlen und in mehreren nationalen Konsultationen bestätigt, so dass wir wissen, dass unser Handeln den Willen der Bürger widerspiegelt. Wenn die Kommission also ein Verfahren gegen Ungarn einleitet, ist es in Wirklichkeit das ungarische Volk, das sie angreift. Die Regierung kann das nicht zulassen; wir müssen alle Mittel einsetzen, um die Menschen zu schützen. Natürlich sind wir weiterhin offen für einen Dialog, aber wir erwarten, dass das ungarische Volk respektiert wird.

Glauben Sie, dass dieses Verfahren gegen das Kinderschutzgesetz Teil einer breit angelegten Kampagne ist, um die ungarische Regierung im Vorfeld der Wahlen im nächsten Jahr zu schwächen?

Erstens: Wenn man sieht, dass eine antisemitische Partei mit linksliberalen Parteien koalitiert, nur um politische Vorteile zu erlangen, macht man sich keine Illusionen, sondern weiß, dass dies eine gewalttätige Kampagne ist, bei der die Opposition alle Mittel einsetzt, um die Regierung zu diskreditieren. Doch die Fakten sind hartnäckig, und wenn Sie sich die wirtschaftlichen Fortschritte des Landes oder die erfolgreiche Strategie der Regierung zum Erwerb von Impfstoffen ansehen, werden Sie feststellen, dass die Zahlen unsere Politik bestätigen: Die Leistung der ungarischen Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 17,9 Prozent gestiegen, während die OECD die Arbeitslosenquote in Ungarn mit 3,9 Prozent angibt. Natürlich werden Sie in den linksliberalen Medien nichts darüber erfahren. Außerdem gibt es bereits Entwicklungen, die darauf hindeuten, dass eine ähnliche Kampagne auch auf europäischer Ebene stattfinden wird. Plötzlich ist es zum Beispiel für das Europäische Parlament sehr dringend geworden, den EU-Gerichtshof über den Konditionalitätsmechanismus entscheiden zu lassen. Wie ich bereits erwähnt habe, wollen sie die Kommission sogar vor dem Gerichtshof verklagen, weil sie den Mechanismus gegen Ungarn nicht angewendet hat. Aber wir haben schlechte Nachrichten für alle unsere Kritiker: Wir werden nicht aufgeben.

Als Reporter ohne Grenzen Premierminister Orbán auf die Liste der „Raubtiere“ der Pressefreiheit setzte, sagten Sie, dass „Soros‘ ,ex machina‘ wieder in Aktion ist“. Ist George Soros die treibende Kraft hinter dieser ganzen Kampagne?

Diese Frage lässt sich ganz einfach beantworten, wenn man sich die Spender all jener Organisationen ansieht, die unsere Politik ständig kritisieren, unabhängig von deren Inhalt. Sie werden nur Sponsoren sehen, die alle irgendwie mit Herrn Soros verbunden sind. Sie haben „Reporter ohne Grenzen“ erwähnt, eine NGO, die 2017 200.000 Dollar und 2019 175.000 Dollar von den Stiftungen von George Soros erhalten hat. Wir haben nichts dagegen, dass ein Milliardär in solche Organisationen investiert (obwohl ich viel bessere Initiativen vorschlagen könnte), aber sie sollten endlich zugeben, dass sie politische Einrichtungen sind und nicht als völlig unabhängige und unparteiische Organisationen

handeln. In dieser Hinsicht stimmen wir mit der Erklärung des EU-Gerichtshofs überein, die deutlich unterstreicht, dass diese NGO einen erheblichen Einfluss auf das öffentliche Leben und die öffentliche Debatte haben können. Deshalb haben wir, wie in anderen Ländern auch, ein Gesetz eingeführt, das die Tätigkeit dieser Verbände transparenter machen soll. Dies ist eine legitime und demokratische Erwartung.

Ungarn hat Anfang des Jahres ein Gesetz zur Bekämpfung der Zensur in sozialen Netzwerken angekündigt, eine Zensur, die Sie selbst auf Facebook erlebt haben. Haben Sie vor, ein ähnliches Gesetz wie in Polen einzuführen?

Ungarn spielte eine sehr wichtige Rolle, als es begann, über die Möglichkeiten der Bekämpfung der Zensur im Online-Bereich zu diskutieren. Wir haben den so genannten Ausschuss für digitale Freiheit gegründet, in dem Interessenvertreter aus verschiedenen Bereichen mitarbeiten. Unser Engagement, die sozialen Medien transparenter und demokratischer zu gestalten, war unbestreitbar, denn wir hatten sogar Verhandlungen mit dem europäischen Kommissar für den Binnenmarkt, Thierry Breton. Er zeigte sich erfreut darüber, dass Ungarn dank der Arbeit des Ausschusses bereits entscheidende Maßnahmen zur Vorbereitung einer EU-weiten Regelung ergriffen hat. Er bat uns um Geduld, bevor wir ein ungarisches Gesetz vorstellen. Wir waren uns einig, dass die Regulierung der sozialen Medien die wirksamste Regulierung auf EU-Ebene sein kann, so dass der Ball nun im Feld der EU-Institutionen liegt.

Fidesz hat eine Erklärung mit Parteien wie VOX, RN, Fdi und Lega im Europäischen Parlament unterzeichnet, und die ungarische Politik findet in Mittel- und Osteuropa immer mehr Unterstützung. Glauben Sie, dass diese Kraft in der Lage sein wird, die Europäische Union wieder auf Kurs zu bringen und dem Brüsseler Projekt der Vereinigten Staaten von Europa die Stirn zu bieten?

Mit der Erklärung sandten die Mitte-Rechts-Parteien eine deutliche Botschaft an die EU-Institutionen: Wir glauben an ein starkes Europa mit starken Nationalstaaten, in dem Einheit genauso wichtig ist wie Vielfalt. Viele von uns, von Spanien bis Bulgarien, verteidigen weiterhin die Träume der Gründerväter und die Grundwerte der EU, und wir werden unser Möglichstes tun, um sicherzustellen, dass die Idee eines freien Europas nicht verloren geht. Deshalb sind wir auch weiterhin ein aktiver Akteur in den gemeinsamen Debatten über die Zukunft Europas: Ungarn war das erste Land in der EU, das einen Meinungs austausch über die Zukunft des Klubs eingeleitet hat, wir waren das erste Land, das seine konkreten Vorschläge formuliert hat, und wir sind auch der führende Mitgliedstaat, der Veranstaltungen über die Zukunft Europas organisiert. Last but not least wurde ich auch zu einem runden Tisch für das diesjährige Europäische Forum Alpbach eingeladen. All dies ist ein Beweis für unser Engagement bei der Reformierung des Kontinents von morgen. Die Arbeit geht weiter, um Europa wieder auf den richtigen Weg zu bringen.



Alvaro Peñas

Als leidenschaftlicher Geschichtsinteressierter und unermüdlicher Reisender kennt er die Länder des Ostens, die er häufig bereist, und deren politische Situation dank seiner Freundschaften mit Journalisten und Politikern der patriotischen Parteien vieler dieser Länder sehr gut kennt.

El Correo de España

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [EL CORREO DE ESPAÑA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

04) Ungarn steht Polen bei „beispiellosem“ Angriff der EU zur Seite

10. 09. 2021



Justizministerin Judit Varga · Quelle: Facebook

Ungarns Justizministerin sagt, ihr Land werde alle rechtlichen Mittel ausschöpfen, um im Streit mit der EU auf der Seite Polens zu intervenieren

Die ungarische Regierung wird eine Resolution zur Unterstützung Polens veröffentlichen, das von der Europäischen Kommission in „beispielloser Weise“ angegriffen wurde, sagte Justizministerin Judit Varga am Mittwoch.

„Mit ihrer gestrigen Entscheidung hat die Europäische Kommission einen brutalen Angriff auf Polen gestartet und sich auf beispiellose Weise in die Justiz und den

Gesetzgebungsprozess eines souveränen Mitgliedstaates eingemischt. Das Verfahren ist nicht nur ungeheuerlich, sondern auch völlig inakzeptabel“, schrieb Varga auf ihrer Facebook-Seite.

Varga bezieht sich auf die Entscheidung der Europäischen Kommission, Polen finanzielle Sanktionen aufzuerlegen, um die Einhaltung eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom Juli zu gewährleisten, in dem das Ende der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs in Polen angeordnet wurde.

Der polnische Justizminister Zbigniew Ziobro beschuldigte die EU der „hybriden juristischen Kriegsführung“ und wies darauf hin, dass Spanien, das dasselbe Rechtssystem wie Polen hat, keine Konsequenzen oder Geldstrafen von der Europäischen Union zu befürchten hat.

„Das Problem ist, dass der Mechanismus, den wir in Polen anwenden, eine Kopie des Mechanismus ist, der in Spanien seit Jahren angewendet wird. Es ist ein Modell, das weder von der Europäischen Kommission noch vom Europäischen Gerichtshof in Frage gestellt wurde, obwohl die Richter, die Mitglieder sind, mit einfacher Mehrheit im Parlament gewählt werden“, so Ziobro. „Dafür gibt es keine andere Erklärung als Heuchelei und politische Motivation und nicht das Gesetz.“

Sowohl Polen als auch Ungarn sehen sich einer erneuten Bedrohung durch die EU ausgesetzt, die sich zunehmend auf ein Modell zuzubewegen scheint, bei dem beide Länder für die Umsetzung einer konservativen Politik in Bezug auf Migration und LGBT-Themen finanziell bestraft werden. Gleichzeitig versucht die EU, das polnische Justizsystem und die Medienlandschaft in Ungarn stärker zu kontrollieren.

Ungarn sieht in der polnischen Geldbuße eine Bedrohung des demokratischen Prozesses und einen Versuch Brüssels, die Institutionen der Nationalstaaten in einem Maße zu kontrollieren, das die nationale Souveränität ernsthaft gefährdet.

„Warschau hat der Kommission in gutem Glauben mitgeteilt, dass es beabsichtigt, die beanstandete Bestimmung über die Arbeitsweise des Disziplinarrates des polnischen Obersten Gerichtshofs im Einklang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom Sommer aufzuheben, hat aber entgegen der polnischen Zusage bereits die Verhängung eines Zwangsgeldes eingeleitet“.

Varga schrieb, dass „die Kommission mit diesem skandalösen und arroganten Schritt eine Grenze überschritten hat, die wir zuvor für undenkbar hielten“.

„Wir stehen voll und ganz an der Seite Polens und zeigen uns solidarisch mit unseren polnischen Freunden, deshalb werden wir die Möglichkeiten einer ungarischen Vertretung Warschaus in einem europäischen Gerichtsverfahren prüfen“, schrieb sie. „In keinem Mitgliedstaat darf die nationale Justiz dem Imperium in Brüssel zum Opfer fallen! Die Regierung hat in der heutigen Sitzung beschlossen, sich in einer Resolution für Polen einzusetzen und die unanständigen Anschläge in Brüssel zu verurteilen!“

Quelle: [Remix News](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

05) Janez Janša: „Es gibt keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa.“

10. 09. 2021



Janez Janša während seiner Dankesrede · Foto: Adam Guz / Kancelaria Prezesa Rady Ministrów

Janez Janša sagte in seiner Dankesrede für die Auszeichnung zur Persönlichkeit des Jahres 2020: „Es gibt keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa, ja, es gibt keine Europäische Union ohne die Länder Mitteleuropas.“

Premierminister Janez Janša wurde im Rahmen des 30. Wirtschaftsforums in Polen mit der Auszeichnung „Mittel- und Osteuropäische Persönlichkeit des Jahres 2020“ geehrt.

Der Premierminister hielt bei der Preisverleihung auch eine Dankesrede, die wir hier in vollem Wortlaut veröffentlichen.

„Vielen Dank für Ihre Einladung. Es ist mir eine große Freude, heute bei Ihnen im schönen Karpacz (dt. Krummhübel, Niederschlesien) zu sein.

Liebe Freunde, Exzellenzen,

Es war eine große Ehre für mich, diesen Preis entgegenzunehmen, denn Polen war von Anfang an, vor fast vier Jahrzehnten, als Slowenien noch tief im kommunistischen Jugoslawien steckte, unser Vorbild in unserem Kampf für Freiheit und Demokratie in Slowenien und natürlich auch für die anderen Länder Mittel- und Osteuropas.

Die Solidarność-Bewegung und Papst Johannes Paul II. haben uns alle, die wir damals die Last der Fesseln totalitärer Regime zu spüren bekamen, mit ihrem Mut und ihrer Vision von Freiheit inspiriert. Ich nehme diesen Preis in aller Bescheidenheit an und betrachte ihn als Verpflichtung und Verantwortung, auf unser historisches Ziel hinzuarbeiten: ein ganzes und freies Europa, das mit sich selbst im Frieden ist. Ein Europa, das geeint und stark ist, weil alle seine Mitgliedstaaten stark und frei sind. Ein Europa, in dem die Europäer leben und

die Werte der europäischen Zivilisation teilen; ein Europa, in dem die europäischen Völker frei, stolz und souverän leben. Weil wir Europäer sind, weil wir Polen, Slowenen, Franzosen, Ungarn, Tschechen, Serben, Ukrainer, usw. sind.

Mitteleuropa ist vom Christentum geprägt. In dieser Region haben sich die Prinzipien der Subsidiarität und der Solidarität aus der katholischen Soziallehre zu den zentralen Ideen der europäischen Integration entwickelt. Darüber hinaus haben die Mitteleuropäer im Laufe der Geschichte die europäische Lebensweise verteidigt. Man denke nur an die Schlacht bei Wien im Jahr 1683, als die Truppen der Polnisch-Litauischen Gemeinschaft das Osmanische Reich besiegten und das Heilige Römische Reich der Habsburger retteten. Das war europäische Solidarität in ihrer besten Form.

Jahrhunderte später ist Mitteleuropa leider immer noch Gegenstand von Konflikten und Teilungen zwischen den Großmächten. Viele Jahrzehnte lang litt es unter totalitärer Herrschaft. Doch die vom Christentum geprägte Kultur inspirierte die Freiheitskämpfer trotz der Unterdrückung und Kontrolle durch totalitäre Behörden. Gegen die rohe Macht der Unterdrückung stand die Macht der Wahrheit, die am Ende triumphierte.

Wir haben uns von der Solidarność-Bewegung und ihrem Motto inspirieren lassen: Nie ma wolności bez solidarności – „Es gibt keine Freiheit ohne Solidarität“. Die Tatsache, dass eine Bewegung mit eben diesem Namen den Weg für die Freiheit und die Rückkehr Polens und aller mitteleuropäischen Länder in den souveränen Raum der Freiheit geebnet hat, ist von großer Bedeutung und sollte heute bedacht werden. Solidarität ist ein Band zwischen den Mitgliedern einer Gemeinschaft, das darauf abzielt, dass alle an dem gemeinsamen Wohl teilhaben, das sie anstreben und das nur gemeinsam erreicht werden kann. Dies muss auch das ewige Ziel oder Motto der europäischen Integration sein.

1988, als ich gerade aus einem kommunistischen Gefängnis entlassen worden war, sagte Papst Johannes Paul II, dass Europa erst dann wieder aufatmen könne, wenn es mit beiden Lungenflügeln atme. Das ist im Wesentlichen im Jahr 2004 geschehen, aber unsere Arbeit ist noch nicht beendet. Europa ist immer noch nicht ganz und frei. Wir haben sowohl in der östlichen Nachbarschaft als auch auf dem westlichen Balkan zu tun. Und auch zu Hause, in der Europäischen Union.

Denn es scheint, dass Europa in einer Zeit des Wohlstands erkaltet ist, und wir wollen hoffen, dass sich daraus kein Asthma entwickelt. Die Europäische Union hat sich in den politischen Debatten und bis zu einem gewissen Grad auch im Verhalten einiger Institutionen zu weit von den Grundprinzipien der europäischen Integration entfernt, nämlich dem Streben nach Konsens und gegenseitigem Respekt, Subsidiarität und Solidarität.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Es gibt keine starke Europäische Union ohne ein starkes Mitteleuropa. In der Tat gibt es keine echte Europäische Union ohne die Länder Mitteleuropas. Mitteleuropa wird immer mehr zu dem, was der Name unseres Teils des Kontinents aussagt. Es ist etwas Zentrales, sowohl in wirtschaftlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die Werte.

Erinnern wir uns noch einmal daran, dass die Grundsätze, auf denen die Gründungsväter der Europäischen Union, die in ihrer großen Mehrheit Christdemokraten waren, die Europäische Union gründeten, auf das berühmte Gebot des Heiligen Augustinus zurückgehen. Und dieses Gebot lautet: Einigkeit in den Notwendigkeiten, Freiheit in den nicht verhandelbaren Dingen, Barmherzigkeit in allen Dingen. Nur auf diesem Fundament können wir ein solides europäisches Gebäude errichten.

Ich danke Ihnen, dass Sie sich für all das einsetzen, in diesem Forum und auch sonst, als das Herz Mitteleuropas. So lernen wir voneinander, und nur so können wir in Europa erfolgreich sein – indem wir uns gegenseitig respektieren und voneinander lernen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.“

DEMOKRACIJA

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

06) Tucker Carlson interviewt Viktor Orbán

Viktor Orban debattiert mit europäischen Staats- und Regierungschefs auf dem Strategischen Forum in Bled (Slowenien) am 1. September 2021

03. 09. 2021



Youtube Screenshot

Tucker Carlson: Da wir gerade über die Erweiterung sprechen, habe ich eine Frage an Herrn Orbán. Wie werden wir eigentlich die Beitrittskriterien für neue Mitgliedsstaaten definieren? Werden diese regelbasiert oder wertebasiert sein?

Orbán: Darf ich auch eine Bemerkung zur Migration machen?

Tucker Carlson: Sicher, natürlich.

Orbán: Einige von Ihnen erinnern sich vielleicht daran, dass ich der erste war, der das Konzept des Sprechers des Europäischen Parlaments von 2015 entschieden bekämpft hat. Ich habe von Anfang an gesagt, dass diese Politik und dieser Ansatz die kulturelle Identität Europas zerstören kann. Glauben Sie, dass viele ungesicherte Personengruppen, die nach Europa kommen, zu Terrorismus und vielen sozialen Problemen führen könnten? Wir haben keine Antworten und sind nicht darauf vorbereitet, wie wir mit dieser Art von neuen Herausforderungen umgehen sollen. Deshalb habe ich diese Position von Anfang an vertreten. Und jetzt, wo Afghanistan passiert, denke ich, dass dies wieder die Realität ist. Und als Folge des Streits über Migrationsfragen innerhalb der Europäischen Union sind viele Unterschiede, Schwierigkeiten und Differenzen entstanden. Und ich denke, dass wir jetzt nicht in der Lage sind, diese Kluft zwischen den Meinungen zu überwinden. Der einzige Weg, um eine Situation zu vermeiden, in der der Streit über die Migration die Einheit der Europäischen Union zerstört, besteht also darin, den Nationalstaaten alle Rechte in Bezug auf die Migration zurückzugeben. Das ist der einzige Weg. Andernfalls werden wir sehr darunter leiden. Es geht also um die Migration und die Demografie. Ich möchte sagen, dass wir keine Neuankömmlinge anstelle unserer eigenen Leute brauchen. Das ist ein rein mathematischer Ansatz. Wenn Sie andere von außerhalb Europas einladen, würde das die kulturelle Identität Europas verändern. Es gibt einige Länder, die das akzeptieren. Ungarn gehört nicht zu den Ländern, die die kulturelle Identität unseres Landes nicht verändern wollen. Daher akzeptieren wir die Migration nicht als Lösung für demografische Herausforderungen. Wir glauben, dass nur die traditionelle christliche Familienpolitik uns aus der demografischen Krise heraushelfen kann.

Orbán: Zu Ihrer Frage, wie war das noch gleich, Entschuldigung? [Gelächter]

Tucker Carlson: Also, nein, ich glaube, Sie haben schon genug geantwortet. Ich wollte nur fragen, wie man störende politische Ansätze bei der Aufnahme neuer Länder in die Europäische Union vermeiden kann.

Orbán: Darf ich dazu eine Bemerkung machen?

Tucker Carlson: Aber ganz kurz, bitte.

Orbán: Ich versuche also, sehr vorsichtig zu sein, weil der Präsident Serbiens hier ist und das Schlüsselland Serbien ist. Ohne die Aufnahme Serbiens in die Europäische Union ist es unsinnig, über irgendeine Art von Sicherheit und eine gesamteuropäische Identität zu sprechen. Serbien ist also das Schlüsselland. Und die Wahrheit ist, dass wir Länder der Europäischen Union die Mitgliedschaft Serbiens mehr brauchen als Serbien die europäische Mitgliedschaft braucht. Dies ist also eine strategische Frage. Der Ansatz wäre also geopolitisch. Wir brauchen Serbien also aus geopolitischen Gründen, sonst werden wir auf der Sicherheitsseite Europas leiden.

Tucker Carlson: Ich danke Ihnen vielmals.

https://www.youtube.com/watch?v=DWDnrGAI_CA

(Englisches Original:)

Tucker Carlson: Speaking about enlargement, I have a question for Mr. Orban. Actually, how are we going to define accession criteria for new member states? Are those going to be rule-based or value-based?

Viktor Orbán: May I have a remark on migration also?

Tucker Carlson: Sure, of course.

Viktor Orbán: Because, probably some of you remember that I was the first one who definitely fought against the concept of the speaker of the European Parliament from [20]15. At the very first moment to say that that policy and that approach can destroy the cultural identity of Europe. Do you believe that a lot of unsecured groups of people [coming] to Europe could result in terrorism and many social difficulties? And we don't have answers and we are not prepared how to treat that kind of new challenges. So I represent that position from the very beginning. And now as Afghanistan happens, I think this is the reality again. And as a consequence of the dispute on migration issues inside the European Union created many diversities and difficulties and differences. And I think now we are not able to over-reach that kind of gap among the opinions. So the only way if you would not like to create a situation where the dispute on migration destroyed the unity of European Union, the only way is to give all the rights back to the nation state in relation to migration. That's the only way. Otherwise, we will suffer a lot. So that's about migration and on demography, on migration, may I say that what we need is not new comers instead of our own people. What did you know you're living here because it's just a mathematical approach. If you invite others from outside Europe, that would change the cultural identity of Europe. There are some countries who accept it. Hungary is not among the countries that would not like to change the cultural identity of our country. So we don't accept migration as a solution to the demographic politics, or demographic challenges. We only believe that the traditional Christian family policy can help us out of that demographic crisis.

Viktor Orbán: On your question, what was that, sorry? [Laughter]

Tucker Carlson: So, no, I think you've answered for quite enough. I just wanted to say how to avoid disruptive political approaches when when adding new countries to the European Union.

Viktor Orbán: May I have one remark on that?

Tucker Carlson: But really short, please.

Viktor Orbán: So I try to be very cautious because the president of Serbia is here and the key country is Serbia. So without accepting Serbia's new member of the European Union, there is no reason that... It's nonsense to speak about any kind of security and any kind of whole European identity. So Serbia is the key country. And the truth is that we European Union countries need more Serbia's membership than Serbia needs the European membership. So this is a strategic issue. So the approach would be geopolitical. So we need Serbia because of the geopolitics, otherwise we will suffer on the security side of Europa.

Tucker Carlson: Thank you very much.

Quelle: [Youtube](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

07) Brüssel trifft Entscheidungen unter dem Druck von Lobbygruppen

Von Loretta Tóth

03. 09. 2021



Facebook-Gründer Mark Zuckerberg · Quelle: MTI/Michael Reynolds

Brüssel trifft Entscheidungen unter dem Druck von Lobbygruppen

Die Tech-Giganten aus dem Silicon Valley haben in den letzten Jahren dank ihrer immer intensiver werdenden Lobbying-Aktivitäten erheblichen Einfluss in Brüssel gewonnen.

Einem aktuellen Bericht zufolge haben Facebook 5,5 Millionen Euro, Google 7,5 Millionen Euro, Microsoft 5,2 Millionen Euro und Apple 3,5 Millionen Euro für Lobbyarbeit in der Europäischen Union ausgegeben, um sicherzustellen, dass die Europäische Kommission die Interessen der Tech-Giganten bei der Ausarbeitung von EU-Rechtsvorschriften zur Regulierung digitaler Dienste und Märkte berücksichtigt. Beamte der EU-Exekutive haben Dutzende von Treffen mit Vertretern von Silicon-Valley-Unternehmen zu diesem Thema abgehalten, während die Kommission weniger an den Ansichten von NGOs interessiert zu sein scheint.

- Die Darstellung der Tech-Giganten suggeriert zwar öffentlich, dass sie neue Regelungen unterstützen, doch gilt dies nur für weiche Regeln, die sie selbst geschaffen haben – so in etwa die Schlussfolgerung eines [kürzlich veröffentlichten Berichts](#) des belgischen Corporate Europe Observatory und der deutschen LobbyControl, einer auf die Überwachung der Aktivitäten von Lobbygruppen spezialisierten Organisation, die den Einfluss der Tech-Giganten aus dem Silicon Valley auf die Entscheidungsfindung in der EU untersucht hat. Die Studie ergab, dass

US-Unternehmen in Brüssel erheblich an Einfluss gewonnen haben.

Dies ist darauf zurückzuführen, dass 612 Unternehmen und ihre Partner derzeit Lobbyarbeit betreiben, um Einfluss auf den EU-Gesetzesentwurf zur Regulierung digitaler Dienste und digitaler Märkte zu nehmen, und dafür mindestens 97 Millionen Euro pro Jahr aufbringen.

Der belgisch-deutsche Bericht unterstreicht in diesem Zusammenhang:

Dies bedeutet auch, dass der Technologiesektor zum größten Lobbying-Sektor der EU geworden ist, wobei die Lobbying-Ausgaben des US-Konglomerats die des Pharmasektors, der fossilen Brennstoffe und des Finanzsektors um Größenordnungen übertreffen.

Die Tech-Giganten finanzieren auch zunehmend Brüsseler Denkfabriken und Wirtschaftsinstitutionen, über die sie versuchen, ihren Einfluss indirekt auszuweiten. In der Tat lagern sie die Lobbyarbeit an akademische Zentren und Beratungsfirmen aus, die zwar nicht offiziell die Interessen des Großkapitals im Hintergrund vertreten, aber vor der Kommission die Interessen des Großkapitals.

Euractiv, ein in Brüssel ansässiges Nachrichtenportal, wandte sich [in diesem Zusammenhang](#) an die Europäische Kommission, aber die EU-Institution antwortete ausweichend, dass sie bereit sei, jeden zu treffen, der mit ihr sprechen wolle,

Die Europäische Kommission wird weder jetzt noch in Zukunft kontrollieren, „wer um Treffen bittet und wie oft.“

Euractiv wies auch darauf hin, dass laut der Studie Beamte der Europäischen Kommission während der Ausarbeitung der Rechtsvorschriften für digitale Dienste 132 Treffen mit Privatunternehmen und 70 Treffen mit Handelsorganisationen abgehalten haben,

während die Organisationen der Zivilgesellschaft nur an 52 formellen Treffen mit EU-Beamten teilnahmen.

Wie *Magyar Nemzet* bereits berichtete, sind das [Gesetz über digitale Dienste](#) (DSA) und das [Gesetz über digitale Märkte](#) (DMA), die von der Europäischen Kommission im Dezember letzten Jahres vorgelegt wurden, jedoch noch weit davon entfernt, in Kraft zu treten. Sie müssen vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat gebilligt werden, und es ist auch klar, dass die Mitgliedstaaten in einer Reihe von Fragen von Anfang an uneins waren. [Zum Beispiel in der Frage](#), ob das DSA schädliche, aber dennoch legale Inhalte (wie Desinformation) regeln soll oder wer unter das Konzept des „Gatekeepers“ fallen kann – Unstimmigkeiten, die dazu führen, dass die Zeit, die zur Klärung dieser Fragen benötigt wird, nur noch mehr Zeit für die Verabschiedung der Rechtsvorschriften in Anspruch nehmen wird, die nach Schätzungen der EU-Kommissarin für Digitales und Wettbewerb, Margrethe Vestager, die das Paket vorstellte, im besten Fall mindestens zwei Jahre dauern wird.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

08) Janša an die europäische Linke: Ihr versucht, die EU zu zerstören

Von Judi Tamara (Brüssel)

02. 09. 2021



Janez Janša · Bildquelle: Magyar Nemzet

Die ungarische und polnische Rechtsstaatlichkeit war bereits zuvor Thema einer der ersten Sitzungen des LIBE-Ausschusses des Europäischen Parlaments, nachdem dieser aus der Sommerpause zurückgekehrt ist. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments trafen sich erneut am Mittwoch, um sich mit den jüngsten Berichten der Europäischen Kommission zur Rechtsstaatlichkeit und zum Stand der Verfahren nach Artikel 7 zu befassen.

Mehrere linke Abgeordnete beschwerten sich auf der Sitzung, dass die slowenische EU-Ratspräsidentschaft sich nicht zu diesem Thema geäußert habe.

Es sei daran erinnert, dass Vertreter der deutschen EU-Ratspräsidentschaft nicht einmal an den Anhörungen des LIBE-Ausschusses zu Artikel 7 teilgenommen haben, was darauf hindeutet, dass der Ball nun bei den Mitgliedstaaten liegt.

Auch die Sozialdemokratische Fraktion im EP stellte auf Twitter Fragen zu den abwesenden Slowenen. Sie schrieben, dass der EU-Ratsvorsitz die Pflicht hätte, die Rechtsstaatlichkeitsverfahren gegen Ungarn und Polen voranzutreiben. Der slowenische Ministerpräsident Janez Janša schickte daraufhin auf seiner Social-Media-Seite einfach eine Nachricht an die sozialdemokratischen Europaabgeordneten:

Wir, die slowenische EU-Präsidentschaft, kämpfen für ein freies und vollständiges Europa, während ihr versucht, die EU zu zerstören. In der Tat eine Schande!

Am Mittwoch empfing der Premierminister die Staats- und Regierungschefs mehrerer EU- und Drittländer zum Strategischen Forum in Bled, gerade noch rechtzeitig vor der Anhörung im EP. Auch Viktor Orbán nahm an der Veranstaltung teil.

Es sei daran erinnert, dass dies der x-te Zusammenstoß zwischen Janša und dem linken Parlamentsausschuss innerhalb kurzer Zeit ist. In diesem Frühjahr veranstaltete die LIBE eine Debatte über die Pressefreiheit in Slowenien, an der auch Janša teilnahm. Das vom Premierminister angeforderte Video wurde unter Berufung auf das Protokoll nicht abgespielt, woraufhin der Premierminister die Online-Sitzung verließ. Später schrieb er auf Twitter, es sei bedauerlich, dass die Kommission die Pressefreiheit untersuche, während sie ein Video zensuriere, das ihre Probleme und Gräueltaten gegen Journalisten zeige.

Quelle: [Magyar Nemzet](#)

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

09) Bled Strategic Forum 2021

01. 09. 2021



Bled Strategic Forum · *Bildquelle: Tamino Petelinšek / STA*

Das jährliche Bled Strategic Forum (BSF), Sloweniens wichtigste außenpolitische Konferenz, findet am Mittwoch und Donnerstag in Bled (dt. Veldes) statt. Im Mittelpunkt der Konferenzdiskussionen steht die Zukunft Europas, und es werden so viele hochrangige Vertreter wie nie zuvor anwesend sein.

Die slowenischen Spitzenbeamten, darunter Präsident Borut Pahor und Premierminister Janez Janša, werden unter anderem den Präsidenten des Europäischen Rates Charles Michel und den Präsidenten des Europäischen Parlaments David Sassoli begrüßen.

Auf der Liste der ausländischen Gäste stehen zwei Präsidenten, zehn Premierminister, zwei EU-Kommissare und mehrere Außenminister; letztere werden auch an einem informellen Treffen der EU-Außenminister am Donnerstag in Brdo pri Kranju (Egg bei Krainburg) teilnehmen.

Darüber hinaus werden mehrere weitere hochrangige Gäste erwartet, darunter Kardinal Pietro Parolin, der Staatssekretär des Vatikans. Fünf ehemalige Ministerpräsidenten oder Staatspräsidenten haben ihr Kommen zugesagt.

Ein besonderer Gast wird die weißrussische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaya sein, so Peter Grk, der Generalsekretär des Strategischen Forums Bled.

Rund 170 Diskussionsteilnehmer aus aller Welt werden verschiedene Aspekte der Zukunft Europas erörtern, ein Thema, das nicht nur zu den Prioritäten der slowenischen Präsidentschaft, sondern der gesamten EU gehört, so Grk.

„Eine schwache EU kann in niemandes Interesse sein. Eine schwache EU bedeutet eine unklare Zukunft, sowohl im Hinblick auf unsere gegenseitigen Beziehungen als auch auf die Rolle, die die EU in der künftigen internationalen Architektur spielen wird“, betonte er.

„Die Debatte über die Zukunft Europas hat ein Stadium erreicht, in dem Lösungen, Vorschläge und Ideen gefunden werden müssen, wie wir weiterhin als EU oder als Europa zusammenleben werden.

Das 16. BSF wird sich auf die Prioritäten der slowenischen EU-Ratspräsidentschaft konzentrieren, aber auch Gelegenheit zur Diskussion über alle wichtigen Themen bieten, mit denen Europa und die internationale Gemeinschaft derzeit konfrontiert sind.

In diesem Sinne sind die vier Hauptthemen der Konferenz die Zukunft Europas, die transatlantischen Beziehungen, die nachhaltige Entwicklung und die Digitalisierung, so Grk.

Die Debatte über die transatlantischen Beziehungen wird von den Entwicklungen in Afghanistan geprägt sein, während die Gespräche über nachhaltige Entwicklung eng mit dem Kampf gegen den Klimawandel verbunden sein werden.

„Dieser Sommer war eine große Warnung, dass die nachhaltige Entwicklung und der Kampf gegen den Klimawandel sehr ernst genommen werden müssen. Die Hälfte des Planeten stand in Flammen. Buchstäblich“, sagte er.

Da die Premierminister aller westlichen Balkanländer und alle drei Mitglieder der bosnisch-herzegowinischen Präsidentschaft teilnehmen werden, dient das BSF der Vorbereitung des informellen Gipfeltreffens der EU und der westlichen Balkanländer, das Slowenien Anfang Oktober ausrichten wird.

Sowohl Janša als auch Pahor werden an der Podiumsdiskussion über den EU-Erweiterungsprozess teilnehmen, der eine der Prioritäten der slowenischen EU-Präsidentschaft ist.

Grk wies auch auf den Besuch des indischen Außenministers Subrahmanyam Jaishankar hin, der über die Entwicklungen in der indopazifischen Region berichten wird, in der große Veränderungen im Gange sind.

In einer Diskussionsrunde soll auch die Zukunft Afghanistans erörtert werden, ein Thema, das in einer Diskussionsrunde mit den Verteidigungsministern vertieft wird.

Auch die Covid-19-Pandemie wird auf der Tagesordnung stehen, wobei der Schwerpunkt der diesjährigen Panels auf der Erholung liegt. Der digitale Wandel in Europa wird ebenso diskutiert wie die Zukunft des europäischen Tourismus.

Wie üblich findet vor dem Forum das Young BSF statt, eine Konferenz, an der rund 40 aufstrebende Führungskräfte aus der EU und ihren Nachbarländern teilnehmen und die am Sonntag begann. Auch sie werden sich hauptsächlich mit der Zukunft Europas befassen.

Aufgrund der aktuellen epidemiologischen Situation werden einige Diskussionsteilnehmer online an den Debatten teilnehmen, die meisten planen jedoch eine persönliche Teilnahme.

Grk erklärte, dass die Gesundheit aller Teilnehmer eine der Hauptprioritäten der Organisatoren sein wird. Im Einklang mit den allgemeinen Anforderungen müssen alle Teilnehmer die Bedingung erfüllen, dass sie geimpft und genesen sind. Die Debatten werden auch online übertragen.

Nach Ansicht von Grk zeigt die Tatsache, dass das BSF in diesem Jahr kaum von der Pandemie betroffen war, dass es sich zu einer führenden Konferenz in Südosteuropa entwickelt.

Letztes Jahr war das BSF aufgrund der Covid-19-Pandemie eine eintägige Veranstaltung.

[Besuchen Sie die offizielle Website](#)

Dieser Beitrag erschien zuerst bei [DEMOKRACIJA](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER